

Werter Herr Organisator,

Liebe Herren Roland und Roger Schoenenberger

Geschätzte Referentin und Referenten

Verehrte Damen und Herren

Zunächst einmal hoffe ich, dass Sie bisher einen spannenden Nachmittag erlebt haben und dass Sie noch einem weiteren Referat zuhören mögen, auch wenn nun ein Politiker zu Wort kommt.

Haben Sie aber keine Sorge! Ich werde auf jede machtpolitische Live-Demonstration verzichten, stehe beim Apéro auch nicht für Autogramme zur Verfügung und die Kampagne für die kantonalen Gesamterneuerungswahlen vom 25. März 2018 hat noch nicht begonnen.

Ich möchte den Herren Schoenenberger und den Organisatoren dieses Forums für ihre Initiative danken.

Es bestehen zwar viele Möglichkeiten des Austauschs unter sozialen Institutionen, ich habe jedoch den Eindruck, dass die hier gewählte Form gewissen besonderen Bedürfnissen entspricht.

Und ich hoffe, dass das *Forum Heimkompetenz* sich etablieren wird.

* * * * *

Liebe Anwesende,

mit Ihnen möchte ich heute einige Sorgen betreffend der zukünftigen Altersvorsorge teilen. Ich werde wichtige Herausforderungen an die Gesellschaft und für die Alters- und Pflegeheime erläutern und einzelne Lösungsansätze aufzeigen – das Ganze in aller Bescheidenheit.

Ich versuche, mich knapp zu halten, damit wir noch genügend Zeit für einen Austausch haben.

* * * * *

Kommen wir zu meinem ersten Punkt:

Bei der Altersvorsorge geht es darum, die materielle Sicherheit der Menschen im Alter zu gewährleisten, also einer Bevölkerungsgruppe, die sich schrittweise aus dem Arbeitsmarkt zurückzieht und weniger Einkommen generiert.

Wir begegnen einer einmaligen Ausgangslage: Noch nie hat sich eine Gesellschaft mit einer solch massiven Alterung befassen müssen.

Im Jahr 2045, also in weniger als 30 Jahren, dürfte die Schweiz rund 10 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner zählen. Die Anzahl der über 65-jährigen Personen wird sehr stark zunehmen, da zwischen 2020 und 2035 die stärksten Babyboom-Jahrgänge ins Rentenalter kommen.

Wir haben also mehr Leute, die pensioniert werden und zusätzlich haben wir eine immer höhere Lebenserwartung.

Gemäss dem Referenzszenario wird die Schweiz 2045 insgesamt 2,7 Millionen Personen zählen, die 65-jährig oder älter sind. Ende 2014 waren es 1,5 Millionen¹.

Ja, liebe Anwesende, 2045 werden knapp 29 Prozent der Bernerinnen und Berner älter sein als 65 Jahre. Heute sind es 22,2 Prozent.

Und noch eine Projektion: In unserem Land leben heute circa vier hundert vierzig Tausend (440'000) über 80-jährige Menschen. Im Jahr 2040 werden es in etwa acht hundert achtzig Tausend (880'000) sein. Das Doppelte.

Diese demographische Entwicklung stellt uns vor riesige Herausforderungen. Das Ausmass können wir noch nicht wirklich antizipieren.

Klar, aus rein wirtschaftlicher Sicht könnte man sagen, dass die Alters- und Pflegebranche die Zukunft mit Zuversicht angehen kann: Die Nachfrage wird ununterbrochen wachsen.

Das Problem ist, meine Damen und Herren, dass heute niemand weiss, wie wir die entsprechenden Leistungen in einem solch hohen Ausmass finanzieren können.

¹ **Anm. d. Red.:** Mehr Informationen und Zahlen sind hier zu finden: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/zukuenftige-entwicklung.assetdetail.40822.html>

Spätestens seit dem 24. September und der eidgenössischen Volksabstimmung über die *Altersvorsorge 2020* sollte es für alle klar sein: Die Verteilungsfrage gewinnt an Brisanz.

Und: Wir verfügen über keine langfristige Strategie, die von einer breiten Mehrheit getragen wird.

Im Gegenteil: es muss befürchtet werden, dass wir noch lange auf eine solche Strategie warten müssen.

Egal wie es weitergeht, wir müssen neue Formen der Solidarität finden. Die familiären Strukturen haben sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Wir können leider nicht mehr davon ausgehen, dass in jedem Fall Familienangehörige da sind, die sich gegenseitig unterstützen.

Mir ist bewusst, dass es dafür soziologische Gründe gibt.

- einerseits die gesellschaftliche Entwicklung und
- andererseits die räumliche Distanz der Kinder und Enkelkinder zu ihren betreuungs- und pflegebedürftigen Angehörigen

Dadurch ist diese Form der Solidarität schwieriger geworden.

Ich fürchte aber auch, dass dies zu einem guten Teil mit der abnehmenden Bedeutung der Eigenverantwortung zusammenhängt.

Haben Sie nicht auch den Eindruck, dass, wenn die Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) mit immer höheren Ausgaben konfrontiert ist, dies zu einem guten Teil auch mit der Schwächung der Eigenverantwortung zusammenhängt?

Die Gemeinschaft braucht den Beitrag jedes Einzelnen. Die Solidarität hat nur dann eine Zukunft, wenn jede und jeder nach seinen Möglichkeiten seine Verantwortung wahrnimmt.

Ist es zum Beispiel richtig, vom Staat zu verlangen, dass er in fast allen Bereichen immer mehr tun soll?

Sollten wir nicht vielmehr DIESE Frage beantworten: «Was kann ich selbst tun oder ändern, um eine Situation zu verbessern oder ein Problem zu lösen?»

Es geht hier nicht primär um politische Fragen, sondern um gesellschaftliche und kulturelle. Jede und jeder Einzelne von uns ist gefragt.

Ich, meinerseits, bin überzeugt, dass Nachbarschaftshilfe und Freiwilligenarbeit gestärkt werden sollten. Zum Beispiel durch eine bessere gesellschaftliche Anerkennung.

* * * * *

In meinem Referat fahre ich nun fort mit der Altersvorsorge und möglichen Zukunftsvarianten:

Liebe Anwesende, die Gemeinden haben eine besonders wichtige Aufgabe bei der Entwicklung einer Infrastruktur, die alters- und generationengerecht ist und beim Aufbau einer tragfähigen Gemeinschaft.

Auch kleinere Gemeinden – am besten zusammen mit den Nachbargemeinden – müssen sich aktiv an der Sicherstellung der Altersversorgung beteiligen.

Dies kann nicht nur Aufgabe des Kantons oder der Zentrumsgemeinden sein, denn sonst kommt es zu einer «Zent-

ralisierung der Altersversorgung» - und das führt nicht zum Ziel.

Ich stelle mit Befriedigung fest, dass wir auf dem richtigen Weg sind: 98,6 Prozent der Gemeinden unseres Kantons haben ein Altersleitbild.

In diesem setzen sie sich mit verschiedenen Themen auseinander:

- *Unterstützung von Selbständigkeit und Gesundheit im Alter*
- *Unterstützung der Pflege und Betreuung zu Hause, insbesondere Entlastung von betreuenden Angehörigen*
- *Wohnen im Alter – von der Wohnung bis zum Heim*
- *und Raumplanung – Mobilität, Gestaltung einer hindernisfreien Umwelt*
- *Sicherstellung des Einbezugs der betroffenen Bevölkerungsgruppe – Alterspolitik nicht nur für, sondern mit Seniorinnen und Senioren gestalten.*

Dieser letzte Punkt ist mir besonders wichtig. Seniorinnen und Senioren bringen sich bereits heute in zahlreichen Gemeinden auf verschiedene Art ein und entwickeln gemeinsam Angebote. Der Kanton unterstützt finanziell viele solcher Aktivitäten.

Besonders gefragt ist das «Wohnen mit Dienstleistungen».

Eine der Herausforderungen dabei ist finanzieller Art. Diese Wohnform lässt sich heute oft mit Ergänzungsleistungen nicht finanzieren. Hier ist die Politik gefragt – Das Thema

lautet: anrechenbare Mietkosten bei den Ergänzungsleistungen.

Gefordert ist auch die Immobilien-Wirtschaft: Wir brauchen bezahlbaren, hindernisfreien Wohnraum.

Wir haben bisher mit dem Grundsatz «ambulant vor stationär» gearbeitet. Die kommende Herausforderung ist, dass immer mehr Menschen im hohen Alter sowohl auf ambulante als auch auf stationäre Angebote angewiesen sind.

Zum Beispiel braucht nach einer Spitalbehandlung jemand nur vorübergehend einen Heimaufenthalt, um seine Autonomie und seine Mobilität wieder zu erlangen.

Das Krankenversicherungsgesetz sieht zwar die Finanzierung der sogenannten Übergangspflege vor, sie greift aber ungenügend aufgrund ihrer Beschränkung auf zwei Wochen.

- Wie werden wir also gute Übergangs- oder Ferienangebote zur Entlastung der Angehörigen schaffen können?
- Welche Anreize braucht es dazu, nicht nur in finanzieller Hinsicht?

Viele Pflegeheime, die «Wohnen mit Dienstleistungen» anbieten, tun dies über eine eigene Spitex. Daher entsteht eine Art neue Konkurrenz zu den etablierten Spitex-Organisationen.

Das heisst für die Heime und für die Spitex, dass sie ihre Kunden binden müssen. Sie müssen schauen, dass die betroffenen Menschen früh zu ihnen kommen und nicht erst beim Eintritt ins Heim. Das heisst, ein Heim muss bereits

vorher eine Palette an Dienstleistungen bieten, damit es attraktiv ist.

Konkurrenz ist per se nicht gut oder schlecht. Die Kooperation zwischen den unterschiedlichen Leistungserbringern ist jedoch sehr wichtig, wenn wir eine wirklich integrierte Altersvorsorge erreichen wollen.

Diese Entwicklung steht erst am Anfang, und auch von Seiten des Kantons haben wir Potential. Beispielsweise um die Tagesbetreuung zu fördern, um den Heimeintritt hinauszuzögern oder um pflegende Angehörige zu entlasten.

Wir sollten uns aber auch ganz neue Versorgungsmodelle vorstellen, die heute an den Grenzen der Gesetzgebung scheitern: Das KVG verhindert, dass Spitalleistungen ausserhalb eines anerkannten Spitals erbracht werden. Das führt oft zu mühsamen Verlegungen von alten oder auch behinderten Menschen aus dem Pflegeheim ins Spital.

- Wäre es nicht sinnvoller, daran zu arbeiten, dass die Menschen nicht mehr vom Heim ins Spital, dann in die Reha und wieder zurück ins Heim wechseln müssen?
- Oder dass das Spital mit seinen spezifischen technischen Kompetenzen irgendwann zu den Bewohnerinnen und Bewohnern ins Heim kommt?

Die stationäre Langzeitbetreuung von hochbetagten Menschen stellt ebenfalls eine grosse Herausforderung dar.

* * * * *

Beim nächsten Punkt geht es um das Personal und um mögliche Kooperationsformen:

Obwohl mit der Einführung der Ausbildungsverpflichtung viele neue Lehrstellen geschaffen wurden, bleibt das Pflegepersonal in den Heimen sehr stark gefordert.

Die Ansprüche der Betroffenen steigen und jene ihrer Angehörigen auch. Vom gesamten Personal wird höchste Professionalität verlangt.

Deshalb muss das Management zu diesen Mitarbeitenden besonders Sorge tragen, wenn es langfristig erfolgreich sein will.

Die Fragen, die sich hier stellen sind unter anderem:

- Wie können wir den Pflegeberuf gerade in der Langzeitpflege interessanter gestalten?
- Wie wird es uns gelingen, gut qualifizierte Pflegefachleute im Beruf zu halten?
- Wie können wir wirklich attraktive Arbeitsplätze sicherstellen und die beruflichen Werdegänge optimieren?

Wiederum nicht unbedeutende Herausforderungen!

Sie wissen es: In naher Zukunft werden neue Bevölkerungsgruppen in die Heime kommen: Menschen mit einem Migrationshintergrund und den entsprechenden kulturellen und sprachlichen Barrieren.

Manche kommen aus dem Asylbereich, andere leben seit Jahrzehnten in der Schweiz, sind jedoch nur teilweise integriert.

Oder Menschen mit einer chronischen psychischen Erkrankung und Verhaltensauffälligkeiten, die für die Gemeinschaft eine Herausforderung bedeuten.

Auch wenn neueste Studien zeigen, dass das Risiko, an Demenz zu erkranken aktuell sinkt, gilt es, die Voraussetzungen für eine würdige Betreuung dieser Menschen sicherzustellen.

Ich stelle fest, liebe Anwesende, dass die anfänglichen Schwierigkeiten nach der Umstellung der personenorientierten Finanzierung, die im Jahr 2011 erfolgt ist, überwunden werden konnten.

Wir wissen, dass ein Heim über die kritische Grösse verfügen muss, um ohne Defizit betrieben werden zu können.

Man spricht von circa 40 Plätzen. Aber die Erfahrung lehrt, dass auch kleinere Heime gut durchkommen. Manchmal sogar besser.

Wichtig scheint mir, dass sich grössere Institutionen zusammenschliessen – zum Beispiel durch Jobbörsen, Qualitätsmanagement, Zusammenarbeit auf der strategischen Ebene, und so weiter. Daraus gewinnen sie Synergien und gewinnen an strategischer Grösse.

Es sind meistens auch grössere Institutionen, die spezifische Angebote aufbauen können – zum Beispiel eine Demenzstation, sogenannte KBS-Plätze oder gar eine «mediterrane Etage» wie bei *Domicil* in Schwabgut².

² **Anm. d. Red.:** Domicil bietet in Schwabgut eine „Mediterrane Etage“ an, in der ausschliesslich Menschen aus Italien/Mittelmeerregionen, und auf der alle Mitarbeitenden italienisch einigermaßen bis sehr gut sprechen und verstehen. Zudem haben sie das Essen (italienische Küche) und die Einrichtung angepasst.

<https://schwabgut.domicilbern.ch/>

Aber voilà, auch kleine Institutionen sind wichtige Leistungserbringer, ohne sie ginge es nicht. Gestatten Sie mir, dass ich mit Blick auf die Finanzen unseres Kantons Folgendes anrege:

- Die Zusammenarbeit zwischen den kleinen Institutionen sollte systematisch weiterentwickelt werden.
- Auch kleine Institutionen können nach Synergien untereinander suchen. So zum Beispiel auf der Ebene der Ausbildungsverantwortlichen und beim Qualitätsmanagement, oder sogar mit gemeinsamen Führungsstrukturen und warum nicht – sogar gleichen Trägerschaften.
- Die Gestaltung lückenloser Übergänge von Spitex ins Pflegeheim und ähnliche Übergänge können auch kleine Institutionen fördern, sofern sie zusammen arbeiten.

Schliesslich muss ich leider feststellen, dass im Gesundheitswesen noch viel gegenseitige Abgrenzung herrscht. Dabei sind sich doch in der Theorie alle einig: eine integrierte Versorgung zum Wohle der betroffenen kranken Menschen – egal wie alt – kann nur durch eine vermehrte Zusammenarbeit über die einzelnen Versorgungsbereiche hinweg gelingen.

Meine Direktion ist offen, hier neue, sinnvolle Wege zu gehen. So habe ich bereits die Frage aufgeworfen, ob medizinisch-technische Dienstleistungen *per se* immer ausserhalb eines Heimes, zum Beispiel in Arztpraxen oder einem Spital erfolgen müssen.

Die Heime sind bei allen diesen Herausforderungen aufgefordert, eine Vorreiterrolle einzunehmen. Die Heime pflegen

oft einen engen Kontakt untereinander und sind mit anderen Leistungsanbietern wie Spitälern, Spitex-Organisationen und Hausärzten gut vernetzt.

Wird die Gesellschaft bereit sein, hier ihren Beitrag zu leisten?

Damit meine ich nicht nur eine sehr wahrscheinliche zusätzliche Finanzierung der heute nicht ausreichend abgegoltenen Betreuungsleistungen, sondern auch die Bereitschaft zur Freiwilligenarbeit.

* * * * *

Und jetzt geht es ums Geld.

Liebe Anwesende, es ist mir ein Anliegen, auch in diesem Rahmen die altersspezifischen Entlastungsmassnahmen des Regierungsrates zu würdigen, die anlässlich der November-Session des Grossen Rates behandelt werden.

Mir ist bewusst, dass die vorgeschlagenen Anstrengungen nicht populär sind. In gewissen Kreisen spricht man sogar von «rücksichtslosen Sparmassnahmen». Doch ich muss Ihnen sagen: Ich stehe zu allen Massnahmen, auch wenn ich selbstverständlich bereit bin, über deren Ausgestaltung oder sogar über andere Massnahmen mit dem Parlament zu diskutieren, um mögliche Verbesserungen zu erreichen.

Vorab, und das muss immer wieder betont werden, handelt es sich genau genommen nicht um Sparmassnahmen.

Der Kanton gibt nämlich Jahr für Jahr mehr Geld für die unterschiedlichen Versorgungsarten der älteren Menschen aus – denken Sie nur an die Kosten der Behandlungen in Akutspitälern oder an die Ergänzungsleistungen.

Nein, der Regierungsrat will nicht sparen. Was er hingegen will, ist die Eindämmung des Kostenwachstums. Denn die Gesamtkosten steigen trotz dem Entlastungspaket weiter – zum Teil massiv.

Wir müssen die vorhandenen finanziellen Mittel in Zukunft wirkungsvoller einsetzen und vermehrt prüfen, ob die Mittel auch zweckgebunden eingesetzt werden. Die finanziellen Rahmenbedingungen sind gegeben.

Der Regierungsrat hat sich nach gründlicher Analyse unter der Prämisse der Verkraftbarkeit entschieden, dem Grossen Rat in folgenden Bereichen Entlastungsmassnahmen vorzuschlagen:

- Eine Kürzung der Beiträge an die Tagesstätten von 80 auf 75 Franken pro Tag. Dies erhöht voraussichtlich den Anteil «Selbstbehalt» um fünf Franken pro Tag und ist verkraftbar.
- Eine Kürzung verschiedener Drittaufträge. Für die Finanzierung des Programms «Zwäg ins Alter» hat der Kanton bei *Gesundheitsförderung Schweiz* ein Gesuch für einen Beitrag von 275'000 Franken gestellt. Da das Berner Programm schweizweit pionierhaft ist, gehen wir davon aus, dass unserem Antrag stattgegeben wird und wir das kantonale Budget um diese Summe entlasten können.
- Bei der ambulanten Leistungserbringung im Pflegebereich (Spitex) werden sich alle Patientinnen und Patienten an der Finanzierung – gemäss Vorgaben des Bundes – verstärkt beteiligen. Damit gleicht der Kanton Bern seine Praxis den meisten umliegenden Kantonen an.

- Die Beiträge zur Versorgungspflicht sollen nicht mehr nach dem «Giesskannenprinzip» ausbezahlt werden. Es ist wirksamer, beispielweise Wegkosten nach effektivem Aufwand abzugelten und so Anreize zu schaffen, auch in abgelegene Orte zu fahren.
- Und wir schlagen eine Reduktion der Hotellerie-Kosten im Pflegeheimbereich um 2.50 Franken pro Tag vor.

Klar: Es gibt Menschen, die die Auswirkungen deutlich spüren werden. Das ist nicht zu vermeiden, sonst wären es keine echten Entlastungsmassnahmen.

Viele unter Ihnen sind als betroffene Leistungserbringer gefordert. Sie müssen ebenfalls bereit sein, Ihren Beitrag zu leisten.

Der Kanton kann und will nur noch finanzieren, was sich bewährt hat und in direktem Zusammenhang mit einer notwendigen Leistung steht. Ich bin überzeugt, dass viele Leistungen ohne Einbusse zu weniger hohen Kosten erbracht werden können.

* * * * *

Und jetzt komme ich zum Schluss meiner Ausführungen:

Liebe Anwesende, ich hoffe, dass ich das Ausmass der anstehenden Herausforderungen klar dargestellt habe.

Ich hoffe zudem, dass ich Ihnen aufzeigen konnte, dass die kommenden Entwicklungen nicht nur grosse Risiken, sondern auch Chancen in sich tragen, um unsere Gesellschaft solidarisch und die Leistungen bedarfsgerecht weiter zu entwickeln.

Ich habe versucht zu skizzieren, wie unser Kanton, die Gemeinden und die Leistungserbringer sich proaktiver einsetzen und mit allen involvierten Akteuren noch besser zusammenarbeiten können.

Somit sollten wir der Zukunft doch mit einer gewissen Zuversicht begegnen, auch wenn das Kostenbewusstsein noch deutlich gestärkt werden muss – dabei bleibe ich.

Haben Sie Fragen?

Sehr gerne stelle ich mich dem kommenden Austausch und bedanke mich sowohl für Ihre Aufmerksamkeit als auch für Ihren freundlichen Empfang.